

J-21

Titel Säkularisierung der Landesverfassung
AntragstellerInnen Stuttgart
Zur Weiterleitung an SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Säkularisierung der Landesverfassung

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert eine Verfassungsänderung im Landtag zu beantragen im Sinne
2 eines säkularen und neutralen Staats
- 3 – Alle Paragraphen in denen sich auf Gott, das christliche Sittenrecht oder die christliche Überlieferung berufen
4 wird sollen gestrichen oder umformuliert werden
- 5 – Besonders die folgenden Artikel sollen weltanschaulich neutral umformuliert werden und auf einen religiö-
6 sen Bezug dezidiert verzichten:
- 7 • Präambel bzw. Vorspruch: „Im *Bewusstsein der Verantwortung vor Gott* und den Menschen, von dem
8 Willen beseelt, die Freiheit und Würde des Menschen zu sichern, dem Frieden zu dienen, das Gemein-
9 schaftsleben nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit zu ordnen [...]“
- 10 • Artikel 1: „(1) Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in Freiheit
11 und *in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes* zu seinem und der anderen Wohl zu entfalten.“
- 12 • Artikel 3: „(1) Die Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage stehen als Tage der Arbeitsruhe und
13 der Erhebung unter Rechtsschutz. Die staatlich anerkannten Feiertage werden durch Gesetz bestimmt.
14 *Hierbei ist die christliche Überlieferung zu wahren.*“
- 15 • Artikel 12: „(1) Die Jugend ist *in Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe*, zur Brüderlich-
16 keit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer
17 Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesin-
18 nung zu erziehen.“
- 19 **Begründung**
- 20 In zahlreichen Verfassungen anderer Bundesländer (Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen,
21 Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein) findet sich ausdrücklich kein Bezug auf ei-
22 nen Gott. Der Versuch einiger schleswig-holsteinischer Abgeordneten einen Gottesbezug in die Landesverfas-
23 sung einzubauen fand zurecht keine ausreichende Mehrheit.
- 24 Denn: Deutschland ist nach dem Grundgesetz ein religiös-weltanschaulich neutraler Staat (u.a. Art. 4, Art.140).
25 Diese Neutralität sollte sich auch in der Landesverfassung Baden-Württembergs wiederfinden. Dieses Anliegen
26 sollte uns als SPD ein besonders wichtiges sein, denn die SPD hatte schon immer ein besonderes Interesse an
27 einem säkularen Staat, da er für uns eine Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben darstellt.
28 Allerdings werde, so der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete und Staatsminister Rolf Schwanitz, die im
29 Grundgesetz verankerte weltanschauliche Neutralität des Staates nicht umfassend durchgesetzt. Man sei ge-
30 genüber den Kirchen und gegenüber den Gläubigen tolerant, aber Deutschland habe keine Staatskirche. Wir
31 sehen das genauso. Unser Antrag ist explizit nicht gegen Gläubige und auch nicht gegen die Kirchen gerichtet,
32 sondern hat ein ganz anderes Interesse.